

Dokumentation der Transferwerkstatt
„Integriert handeln, finanzieren und fördern -
Mittelbündelung in kleineren Städten und
Gemeinden“

11. Juni 2014, Magdeburg

12. Juni 2014, Gröningen und Nachterstedt



Die fünfte Transferwerkstatt im Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ fand am 11. Juni 2014 in Magdeburg in Sachsen-Anhalt statt. Sie wurde durch eine Fachexkursion zu zwei Programmkommunen im Umland von Magdeburg am 12. Juni 2014 begleitet. Im Vordergrund der Veranstaltung stand der Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer zum Thema „Integriert handeln, finanzieren und fördern - Mittelbündelung in kleineren Städten und Gemeinden“.

Ziel des Städtebauförderprogramms „Kleinere Städte und Gemeinden“ ist es, Kompetenzen und Ressourcen durch interkommunales Handeln zu bündeln, um den Herausforderungen des demografischen und wirtschaftlichen Wandels erfolgreich zu begegnen. Diese Bündelung ermöglicht es, trotz knapper finanzieller Spielräume Entwicklungsimpulse anzustoßen und konkrete Projekte für die Sicherung der Lebensqualität, Daseinsvorsorge und Wirtschaftskraft umzusetzen. Den Kommunen steht dabei neben dem Städtebauförderprogramm ein breites Spektrum an Förderprogrammen des Bundes, der Länder, der Europäischen Union sowie Mittel von privater Seite zur Verfügung. Die unterschiedlichen Förderansätze bieten viele thematische Schnittstellen. Unterschiedliche Anforderungen erschweren jedoch mitunter eine Bündelung von Mitteln verschiedener Programme.

Wichtiges Instrument für die Bündelung von Ressourcen sind integrierte überörtliche Entwicklungskonzepte. Sie eignen sich für die Koordinierung und Bündelung von Mitteln verschiedener Ebenen, Akteure und Ressorts auch über die Städtebauförderung hinaus. Die Veranstaltung bot den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein Forum zum Austausch erfolgreicher Strategien zur Bündelung verschiedener Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten und Erfahrungen der Programmkommunen: Wie können Förderinstrumente mit ihren unterschiedlichen Anforderungen in integrierte Konzepte eingebunden werden? Wie gelingt es, Mittel für die Umsetzung von Einzelmaßnahmen zu bündeln und privates Kapital einzubinden? Wie können öffentliche und private Mittel durch Kooperationen mit



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Transferwerkstatt in Magdeburg

Wirtschaft und Zivilgesellschaft gebündelt werden? Gibt es erfolgreiche Ansätze bei der Finanzierung gemeinsamer, überörtlicher Maßnahmen innerhalb eines Kooperationsraumes?

Die fünfte Transferwerkstatt zeigte anhand von Vorträgen und Diskussionen, welche Strategien die Länder, Städte und Gemeinden im Bereich der Mittelbündelung verfolgen. Am ersten Tag wurden nach einem einführenden Vortrag zunächst die Rahmenbedingungen und Erfolgsfaktoren der Mittelbündelung aus Ländersicht in drei Vorträgen dargestellt. Ein zweiter thematischer Block widmete sich konkreten Erfahrungen aus Wissenschaft und Praxis. Die Transferwerkstatt bot den Programmkommunen auch Raum, programmspezifische Anliegen einzubringen sowie Fragen der Programmumsetzung zu diskutieren. Eine Posterausstellung zeigte gute Beispiele der Programmumsetzung auf.

Am zweiten Tag folgte eine Fachexkursion zu den Programmkommunen Gröningen und Seeland, Ortsteil Nachterstedt im Umland von Magdeburg verbunden mit der Besichtigung aktueller Maßnahmen, die mit Hilfe des Programms Kleinere Städte und Gemeinden realisiert werden sollen.

1. Veranstaltungstag

Der erste Tag der Transferwerkstatt fand im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt in Magdeburg statt. Frau Ministerialdirigentin Iris Grunenberg vom Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr eröffnete die Transferwerkstatt. Prof. Dr. Hagen Eyink vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) folgte mit einleitenden Worten. Er nannte die Bildung neuer Allianzen und die Bündelung von Fördermitteln als die zentralen Herausforderungen und Chancen im Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“. Er freute sich, dass die Veranstaltung in Magdeburg stattfinden könne, weil sich das Bundesland schon länger den Herausforderungen des demographischen Wandels stelle. Er betonte zudem, dass die ländlichen Räume im Bundesministerium einen hohen Stellenwert einnehmen würden. Dies spiegelt sich auch im diesjährigen Gesamtprogrammvolume für die Städtebauförderung von 700 Mio. Euro, davon 70 Mio. für das Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“, wider. Mit der Initiative Ländliche Infrastruktur, die explizit im Koalitionsvertrag genannt werde, strebt der Bund weiterhin eine gleichwertige Entwicklung von Stadt und Land an. Als wichtiger Ansatz werde die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Kommunen hervorgehoben, die – auch mit dem Programm Kleinere Städte und Gemeinden – weiter unterstützt werden soll. Die Moderation der Veranstaltung übernahm Christian Kloss von der Bundestransferstelle.

Im ersten Vortrag erläuterte Holger Pietschmann von der Bundestransferstelle die Funktion und Aktivitäten der Transferstelle sowie den aktuellen Stand der Programmumsetzung. Ziel des Städtebauförderprogramms sei es, integriert zu handeln, zu finanzieren und zu fördern. Dies umfasse zum einen die Bündelung von Kräften und Ressourcen unterschiedlicher Akteure und zum anderen die Bündelung der Städtebaufördermittel mit weiteren Finanzierungs- und Förderquellen. Als erfolgreiche Instrumente und Handlungsansätze für Mittelbündelung nannte er die integrierten Entwicklungskonzepte, die interkommunalen Kooperationen, die Beteiligung



Begrüßung durch Ministerialdirigentin Iris Grunenberg

und Aktivierung unterschiedlicher Akteure und den Verfügungsfonds.

Anhand von Beispielen aus der Programmumsetzung verdeutlichte er die Vielfalt der Ansätze auf kommunaler Ebene, mit denen Fördermittel, Kräfte und Ressourcen gebündelt werden. Programmkommunen kombinierten Finanzmittel aus mehreren Töpfen der EU, des Bundes, des jeweiligen Landes, der Kommune und von Privaten mit Mitteln aus verschiedenen Förderprogrammen, Wettbewerben und öffentlichen wie privaten Investitionen. Es gelinge durch Beteiligungsprozesse und transparente Verfahren, Ideen und Kräfte unterschiedlicher Akteure (sowohl staatlich als auch privat) in den Stadterneuerungsprozess einzubinden. Entwickelt werden auch alternative Finanzierungs- und Trägermodelle, um die Daseinsvorsorge angesichts schwieriger Rahmenbedingungen zu sichern. Hierzu zählt zum Beispiel die interkommunale Finanzierung von Maßnahmen. Eine weitere Dimension der Mittelbündelung ist die Verbindung von Strategien und Prozessen. Zuletzt benannte Holger Pietschmann die besonderen Anforderungen des Programms an die Mittelbündelung. Dies seien die interkommunale Zusammenarbeit und überörtliche Abstimmung, die Verbindung von Städtebauförderung und Daseinsvorsorge, der Spagat zwischen regionalem Betrachtungsraum und Gebietsbezug der Städtebauförderung sowie die unterschiedlichen Förderlogiken und länderspezifischen Ansätze.

Die bisherige Programmumsetzung zeige, dass es keine Pauschallösungen für die erfolgreiche Mittelbündelung gebe, es bedürfe vielmehr orts- und netzwerkspezifischer Lösungen. Wichtige Faktoren für eine erfolgreiche Mittelbündelung seien laut Holger Pietschmann integrierte Strategien, Kommunikation, Kreativität und Beteiligung.

Die folgenden Vorträge widmeten sich den Rahmenbedingungen und Erfolgsfaktoren der Mittelbündelung. Hubert Bertling, Referatsleiter im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt, stellte die Integrierten Gemeindlichen Entwicklungskonzepte (IGEK) in Sachsen-Anhalt vor und erläuterte das Zusammenwirken von Städtebauförderung und Dorfentwicklung. Zukünftig sei hier nicht die Abgrenzung, sondern die sinnvolle Ergänzung von Städtebauförderung und Dorfentwicklung erforderlich. Das IG EK sei Ausdruck eines ganzheitlichen Ansatzes und zeige Anpassungserfordernisse und Anpassungsstrategien in allen Bereichen der kommunalen Entwicklung auf, die durch den demografischen und sozioökonomischen Wandel betroffen sind. Es ist ein wichtiges Instrument zur Bündelung von Förderansätzen. In den Jahren 2013/14 wurde u. a. ein modellhaftes IG EK in Gardelegen erarbeitet.

Als zentrale Herausforderungen an die Entwicklung in kleineren Städten und Gemeinden benannte er die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse, die Begleitung des demografischen Wandels, Klimaschutz und Klimawandel, Energiewende, Ressourcenschutz, Hochwassermanagement und Erhalt der Biodiversität. Die Gemeindegebietsreform im Jahr 2011 in Sachsen-Anhalt sei eine weitere aktuelle Anforderung durch die Zusammenlegung von ehemals eigenständigen Gemeinden.

Eine ressortübergreifende Abstimmung der Themenfelder Verkehr, Landwirtschaft, Städtebau, Soziales und Kultur nannte Herr Bertling für eine ganzheitliche Entwicklung als unerlässlich. Die Integrierten Gemeindlichen Entwicklungskonzepte (IG EK) umfassen die Themenfelder „Demografische Entwicklung in der Gemeinde“, „Wirtschaftsförderung und Stärkung der Wirt-



Vortrag von Hubert Bertling

schaftskraft“, „Gemeinde und Bürgerschaft“, „Allgemeine Daseinsvorsorge und Basisdienstleistungen“, „Bedarfsgerechte Infrastruktur“, „Bildung, Erziehung, Familie, Senioren“, „Freizeiteinrichtungen“, „Bauliche Entwicklung“ sowie „Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel“. In den IG EKs seien zudem immer Aussagen zur Verlaufskontrolle und Evaluierung enthalten.

Hubert Bertling nannte abschließend die Erfolgsfaktoren des vorgestellten integrierten Ansatzes. Neben der Unterstützung durch die Politik müssten alle Akteure einbezogen werden, an Vorarbeiten und (positiven) Kooperationserfahrungen solle angeknüpft werden, klare Prioritäten und Vorsicht vor Überfrachtung seien geboten. Erst sollten die Ziele definiert sein, dann könne über die Finanzierung nachgedacht werden. Konkrete Projekte und kurzfristige Erfolge sowie die Verstetigung des Prozesses und die Umsetzung müssten zusammen gedacht werden. Nicht zuletzt sei ausreichend Zeit einzuplanen und der Einsatz einer externen Beratung empfehlenswert.

Manfred Grüner, Sachgebietsleiter Städtebau der Regierung von Unterfranken, folgte mit einem Vortrag zur fachübergreifenden Zusammenarbeit und Mittelbündelung in kleineren Städten und Gemeinden in Bayern. Zunächst stellte er Thesen zum demografischen Wandel vor, die seine Arbeit geprägt hätten (aufgestellt von Prof. Dr. Siedentop im Rahmen einer Tagung zu Bauen und demografischem Wandel in Würzburg, 2009):

„Der demographische Wandel ist irreversibel, aber seine Folgen sind gestaltbar!

Erfolgreich werden die Kommunen sein, die...

- den demographischen Wandel nicht tabuisieren,
- Remanenzkosten durch eine aktive Innenentwicklung begrenzen,
- frühzeitig Anpassungsstrategien entwickeln,
- kooperativ mit ihren Nachbarn nach Lösungen suchen und
- denen eine Aktivierung der Bürgerschaft gelingt.“

Herr Grüner stellte daraufhin fünf unterfränkische interkommunale Kooperationen vor, die er in der Programmumsetzung begleitet. Besonders hob er die Zusammenarbeit des Amts für ländliche Entwicklung und der Regierung von Unterfranken hervor, die schon auf der Ebene der Bewilligungsbehörden fachübergreifend kooperieren und damit die Mittelbündelung unterstützen. Anhand der Beispiele verdeutlichte er, wie das Zusammenwirken von Innenentwicklung und Stärkung der Ortskerne mit der überörtlichen Sicherung der Daseinsvorsorge gelingen kann. Entscheidend sei, dies bereits in den Entwicklungskonzepten und Daseinsvorsorgestrategien anzulegen und durch Instrumente wie das Flächenmanagement zu unterstützen.

Dem Vortrag aus Unterfranken folgte ein Beitrag von Uta Schneider, Geschäftsführerin der Regionale 2016 Agentur GmbH, die über die fachübergreifende Zusammenarbeit und Mittelbündelung im Rahmen der REGIONALE in Nordrhein-Westfalen berichtete. Sie stellte das nordrhein-westfälische Strukturförderprogramm der REGIONALEN vor und ging im speziellen auf die REGIONALE 2016 im westlichen Münsterland ein. Als Schwerpunktthemen stellte sie die Gestaltung des Landschaftswandels, die Weiterentwicklung der Region als Wirtschaftsstandort und die Sicherung der Daseinsvorsorge vor. Es folgte eine Beschreibung von Beispielen aus der Praxis, so das „KuBAal - Kulturquartier Bocholter Aa und Industriestraße“ in Bocholt. Hierbei handelt es sich um ein zum Teil noch genutztes Industriequartier an der Bocholter Innenstadt, das zu einem hochwertigen Kultur- und Wohnquartier

entwickelt werde. Der Transformationsprozess werde über einen ressortübergreifenden Fördermix finanziert, u.a. aus Mitteln der Städtebauförderung, für den Gewässer- und Hochwasserschutz und die Altlastensanierung. Als weiteres Beispiel stellte sie das „ZukunftsDORF Legden“ vor, in dem eine Konzentration medizinischer Angebote im Dorfmittelpunkt, altengerechtes Wohnen, eine barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes und Freizeit- und Kultureinrichtungen zusammen gedacht würden. Hierbei würden u.a. Mittel aus dem LEADER Programm, dem Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie der Stiftung Westfalen-Initiative gebündelt. Zuletzt berichtete sie vom REGIONALE Projekt „2STROMLAND“ an der Lippe im Münsterland, das sowohl viele verschiedene Projektträger, Strategien und Finanzierungsquellen vereint, als auch einen ganzheitlichen Ansatz zur Entwicklung und Gestaltung der Flusslandschaft an der Lippe verfolgt.

Den drei Vorträgen folgte eine von Christian Kloss moderierte Gesprächsrunde mit der Referentin und den Referenten des ersten Veranstaltungsteils, Holger Pietschmann, Hubert Bertling, Manfred Grüner und Uta Schneider. Im Gespräch wurden insbesondere die Ansätze und Beispiele der Mittelbündelung diskutiert und vertiefend beleuchtet. Frau Schneider berichtete zur Bündelung und Vernetzung von Akteuren, dass die Bezirksregierung (Bewilligungsbehörde) eine Arbeitsgruppe zur REGIONALE eingerichtet habe, die auch die Projektträger einbinde und monatlich tage. Auf der Landesebene gebe es einen interministeriellen Arbeitskreis, der einzelne Projekte durchspreche und der übergeordneten Steuerung der Gesamtmaßnahmen diene.

Das Podium wandte sich in diesem Zusammenhang auch dem Thema Kooperationsmanagement zu. Es wurden verschiedene Modelle und Einsatzfelder genannt. Manfred Grüner erläuterte, dass in Bayern verschiedene Modelle eines Regionalmanagements angewendet und gefördert würden – so fördere das Wirtschaftsministerium das Regionalmanagement mit Ausrichtung auf die wirtschaftliche Stärkung einer Region,

das EU-Programm LEADER das Leader-Management und die Städtebauförderung mit dem Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ den Allianzmanager.

Herr Bertling erläuterte, dass in Sachsen-Anhalt der Einsatz eines Demografie-Teams möglich sei, das beispielsweise bei drohenden Standortschließungen zur Analyse und Koordination der Maßnahmen eingesetzt werden könne. Im Rahmen der EU-Förderung Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) wird ein Regionalmanagement gefördert, das diese Aufgaben mit abdecke. Auf die Frage nach Erfahrungen mit der Verstetigung des Managements antwortete Frau Schneider, dass bei der Verstetigung zuerst die Finanzierung und die Strukturen im Vordergrund stünden. Sie nannte ein Beispiel aus Südwestfalen. Hier haben Unternehmen einen Verein gegründet, der gemeinsam mit fünf Landkreisen ein Regionalmanagement aufbauen und finanzieren wolle. Es ginge bei der Frage nach Verstetigung des Managements nicht nur um die Aufstellung von Konzepten sondern auch um die Entwicklung von Maßnahmen. Holger Pietschmann ergänzte, dass es, in interkommunalen Kooperationen die Möglichkeit gebe, gemeinsam Dienstleistungen zu finanzieren, z. B. haben die vier Kommunen der Maßnahme Oben an der Volme in Südwestfalen einen gemeinsamen Kulturmanager eingestellt.

In der folgenden Kaffeepause hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit ins Gespräch zu kommen und sich in einer Poster- ausstellung über verschiedene Programmkom- munen und ihre Ziele, Handlungsansätze und Maßnahmen zu informieren.

Der zweite Teil des ersten Veranstaltungstages widmete sich Erfahrungen aus Wissenschaft und Praxis. Als Auftakt berichtete Dr. Ute Mid- delmann, SPRINT - wissenschaftliche Politikbera- tung Darmstadt, vom Zwischenstand der Studie „Neue Kooperationen und Finanzierungsmodel- le zur Sicherung der Daseinsvorsorge in kleinen Städten und Gemeinden im ländlichen Raum“. Im Rahmen des Forschungsprojektes untersucht das Forscherteam im Auftrag des Bundesminis- teriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reak-



Die Teilnehmer der Gesprächsrunde zu Rahmenbedingungen und Erfolgsfaktoren der Mittelbündelung:

Hubert Bertling, Manfred Grüner, Christian Kloss, Uta Schneider und Holger Pietschmann (v.l.n.r.)

torsicherheit und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung neue kooperative Ansätze und Finanzierungsmodelle im Bereich der sozialen und kulturellen Infrastruktur in Städ- ten und Gemeinden mit weniger als 20.000 Ein- wohnern. Ziel ist es, übertragbare Erkenntnisse zu gewinnen und praxisorientiert aufzubereiten.

Nach einem Überblick über die angewendete Methodik und den Stand des Forschungsprojek- tes erläuterte Frau Dr. Middelmann erste Ergeb- nisse der Bestandsaufnahme. Konkrete Aktivitä- ten fänden zumeist auf Ebene eines Orts- bzw. Stadtteils statt, gefolgt von der kommunalen Ebene und interkommunalen Ansätzen. Bei der Auswertung von rund 200 Initiativen und Projekten zeigte sich eine Verteilung über alle Infrastrukturbereiche. Häufig würden mehrere Infrastrukturbereiche zu multifunktionalen Ein- richtungen kombiniert. Bei den Akteuren und Rechtsformen handele es sich meist um Kons- tellationen mit Kommunen, Bürgern und/oder Nichtregierungsorganisationen und Vereinen, auch viele Unternehmen seien involviert. Der Verein sei die mit Abstand am häufigsten ge- wählte Rechtsform für die Trägerschaft. Hinsicht- lich der Finanzierung der Initiativen erfolge die Startfinanzierung in den meisten Fällen durch eine öffentliche Förderung; in der laufenden Fi- nanzierung würden unterschiedliche Finanzie- rungsquellen (Förderung, Beiträge, Einnahmen aus Leistungen) kombiniert. Im weiteren Verlauf

des Forschungsprojektes sollen elf Fallstudien und vier übergeordnete Finanzierungsinstrumente vertieft untersucht werden. Abschließend stellte Frau Dr. Middelman einige Projekte näher vor: das Leohaus Olfen in Nordrhein-Westfalen, das Bildungszentrum am Rittergut Knau in Thüringen und den Bürgerbahnhof in Leutkirch, Baden-Württemberg. Alle Beispiele zeichneten sich durch beispielhaftes bürgerschaftliches Engagement, gelungene Kooperationen und interessante Finanzierungsansätze aus.

Dem Vortrag folgte eine von Holger Pietschmann moderierte Gesprächsrunde „Handlungsfelder, Aktivitäten und Projekte - Berichte aus der Praxis.“ Die Gesprächsrunde begann mit Kurzinterviews von vier Vertretern aus Programmkommunen: Wolfgang Borst, Bürgermeister der Stadt Hofheim i.UFr. in Bayern, Sabine Haberkorn, Bauverwaltung der Stadt Harzgerode in Sachsen-Anhalt, Stephan Kaufmann, Bauamt der Samtgemeinde Amelinghausen in Niedersachsen sowie Wolfgang Rückert, Oberbürgermeister der Stadt Niesky in Sachsen.

Bürgermeister Wolfgang Borst berichtete zuerst über die Allianz zur Revitalisierung der Ortskerne im Hofheimer Land, eine interkommunale Kooperation von sieben Kommunen. Die Kooperation verfolge bereits seit 2006 das Ziel der Innenentwicklung. Mit den Bürgerinnen und Bürgern und vielen weiteren Partnern haben sich die Kommunen vorgenommen, lebendige

Ortsgemeinschaften zu stärken. Zu Beginn der Zusammenarbeit stand eine Leerstandserfassung in den 51 Ortsteilen und darauf aufbauend eine zielgerichtete Vermarktung der leer stehenden Gebäude und brachliegenden Grundstücke in den Ortskernen im Mittelpunkt. Zur Stärkung der Ortsgemeinschaften wurden Dorfgemeinschaftsvereine gegründet, in denen sämtliche lokale Vereine Mitglied sind. So erhofft sich Bürgermeister Borst, Impulse für die Innenentwicklung und Stärkung der Ortskerne zu setzen und lokales Engagement zu aktivieren. Mit Mitteln des Programms „Kleinere Städte und Gemeinden“ wurden ein interkommunales Bürgerzentrum und erste Dorfgemeinschaftshäuser in den Ortsteilen gefördert. Eine wichtige Aufgabe des Regionalmanagers in der Hofheimer Allianz sei die Bewusstseinsbildung vor Ort - die Ortsgemeinschaften zu aktivieren, das Engagement aufrecht zu halten und die Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich zu informieren.

Sabine Haberkorn gab einen Einblick in die Entwicklung der vergleichsweise kleinen Kooperation der Einheitsgemeinde Harzgerode in Sachsen-Anhalt, die mit 13 Ortsteilen 8.500 Einwohner einschließt. Als Maßnahme im Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ werde derzeit der Westflügel des Harzgeroder Renaissanceschloss zu einem Regionalzentrum umgebaut. Hier können sich zukünftig alle Ortsteile präsentieren. Auch die Zusammenlegung von acht Bauhöfen an einem zentralen Standort sei eine Maßnahme im Programm. Frau Haberkorn betonte, dass aus Sicht der Gemeinde Harzgerode das Programm zur richtigen Zeit komme. Die Einheitsgemeinde befände sich in der Haushaltskonsolidierung, was ein Umdenken zu mehr Kooperation erforderlich mache und durch das Städtebauförderprogramm unterstützt werde. Eine eigens eingerichtete Arbeitsgemeinschaft Stadtentwicklung erarbeitete ein integriertes Handlungskonzept als Grundlage für die Entwicklung der Gemeinde. Sie begrüßte, dass von Landesseite nicht für jedes Programm ein neues Konzept gefordert wird, sondern dass, wie im Falle Harzgerodes, ein Entwicklungskonzept Maßnahmen der Dorfentwicklung und der Städtebauförderung umfasse. Frau Haberkorn berichtete zudem, dass die Ver-



Holger Pietschmann (Mitte) interviewt Vertreter aus der Praxis: Stephan Kaufmann, Wolfgang Borst, Sabine Haberkorn und Wolfgang Rückert (v.l.n.r.)

eine in den Ortschaften mit wenig Mitteln motiviert werden könnten. So seien Sportstätten aus der Trägerschaft der Kommune in die Trägerschaft der Vereine übergegangen.

Stephan Kaufmann stellte die Programmumsetzung in der interkommunalen Kooperation der Samtgemeinden Amelinghausen und Ilmenau in Niedersachsen vor. Seit der Aufnahme in das Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ im Jahr 2011 habe die Erstellung des überörtlichen integrierten Entwicklungskonzeptes im Mittelpunkt gestanden. Dazu richteten die Samtgemeinden eine Lenkungsgruppe ein und führten eine Bürgerversammlung durch. Alle Schritte der Umsetzung würden intensiv durch die Lenkungsgruppe begleitet und der Öffentlichkeit vorgestellt. Parallel zur Erstellung des Konzeptes begann laut Kaufmann die Realisierung von drei Schlüsselprojekten als vorgezogene Maßnahmen: Dies sind die Umnutzung ehemaliger Schulräume zu einem Familien- und Sozialzentrum in Amelinghausen, die Sanierung eines Jugendzentrums in Melbeck und die Sanierung eines angrenzenden historischen Fachwerk-Stallgebäudes und dessen Umbau zu einer Bibliothek mit historischem Archiv.

Aus Niesky berichtete Oberbürgermeister Wolfgang Rückert. Die Stadt in Sachsen zwischen Görlitz und Bautzen hat mit einem hohen Bevölkerungsrückgang zu kämpfen. Mit den Nachbargemeinden bestünden seit Jahren Kooperationen in unterschiedlichen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen, wie dem Standesamt, der Nutzung von Sportplätzen und Sporthallen oder auch Vereinszusammenlegungen. Bürgermeister Rückert betonte, dass bei der Zusammenlegung und Bündelung immer auch die Folgekosten wie Leerstand an verlassenen Standorten oder der Unterhalt von zusammengelegten Standorten von Angeboten der Daseinsvorsorge im Blick bleiben müssten. Er forderte einheitliche Anforderungen der Fördermittelgeber hinsichtlich der Kombination von Fördermitteln für Investitionen und Folgekosten.

Den Kurzinterviews anschließend öffnete Holger Pietschmann die Gesprächsrunde für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Es wurde festgestellt, dass sich die Begleitung der Programmumsetzung vor Ort seitens der Bewilligungsbehörden in den Bundesländern teilweise stark unterscheiden. So erfolge bspw. in Bayern eine enge fachliche Begleitung durch die Regierungen. Bürgermeister Rückert erklärte, dass in Sachsen mit der Aufbaubank als Bewilligungsbehörde weniger eine fachliche sondern mehr fördertechnische Begleitung erfolge.

Frau Schneider ergänzte zum Beitrag von Herrn Rückert mit Hinweis auf das bereits vorgestellte Leohaus Olfen, dass hier die Sicherung der Nachhaltigkeit an erster Stelle gestanden habe. Fördervoraussetzung sei ein Betriebskonzept gewesen, um den dauerhaften Betrieb zu sichern.

Auf die Frage nach den Erfolgsfaktoren für eine funktionierende Programmumsetzung nannte Manfred Grüner eine Grundmotivation seitens der Bürgerinnen und Bürger. Wenn es darum ginge, z. B. ein leer stehendes Gasthaus wiederzubeleben, sei die Gründung einer Bürgergenossenschaft unterstützt mit Fördermitteln dann der zweite und leichtere Schritt, wenn der Wille zur Umsetzung erst einmal gefasst sei. Wolfgang Borst bestätigte dies für das Hofheimer Land und ergänzte, dass für die Bewusstseinsbildung in der Bürgerschaft ein längerfristiger Prozess notwendig sei, um die Bereitschaft zu gemeinsamem Handeln zu wecken. Schwierige Entscheidungen müssten strategisch und langfristig, flächendeckend und breit vorbereitet werden. Er nannte eine personelle Kontinuität in Politik und Verwaltung vor Ort und den „Durchgriff“ auf alle Arbeitsbereiche als Erfolgsfaktoren.

Für Amelinghausen und Ilmenau erklärte Stephan Kaufmann die Umwandlung des Konkurrenzdenkens zwischen den kooperierenden Kommunen in gegenseitige Unterstützung zum Erfolgsfaktor. Der Haupterfolg in Harzgerode sei, so Sabine Haberkorn, auch das gemeinschaftliche und ortsteilübergreifende Denken. Durch die gemeinsame überörtliche Erarbeitung des integrierten Entwicklungskonzeptes sei ein einstimmiger Beschluss dieses Konzeptes erreicht worden.

Wolfgang Rückert fasste die Erfolgsfaktoren für Niesky wie folgt zusammen: Bürgerschaft einbeziehen, Konzepte (auch längerfristig) erstellen, die Programmumsetzung zur Chefsache erklären und Kontinuität schaffen. Er lobte in dem Zusammenhang den Ansatz des Programms „Kleinere Städte und Gemeinden“, die Städtebauförderung mit der Sicherung der Daseinsvorsorge zu verbinden, worauf viele Kommunen bereits gewartet hätten.

Holger Pietschmann fragte anschließend nach den Wünschen der Gesprächsteilnehmerin und Gesprächsteilnehmer auf dem Podium und nach den Herausforderungen mit der Umsetzung des Programms.

Frau Haberkorn erklärte für Harzgerode, dass der Gebietsbezug schwer umsetzbar sei. Die Maßnahmen könnten nicht in ein zusammenhängendes Fördergebiet gebracht werden. Das Land forderte den Bezug zum zentralen Bereich von Harzgerode als Grundzentrum. Mit dem Programm und dem erarbeiteten Konzept würden allerdings Begehrlichkeiten in den Ortsteilen geweckt, zudem sei das Zentrum der Stadt Harzgerode bereits gut saniert und die Kommune sehe daher die Ortsteile als notwendige Ziele der Förderung an. Hinzu komme das Problem der Haushaltskonsolidierung und das Erfordernis einer positiven kommunalaufsichtlichen Stellungnahme als Fördervoraussetzung. Sie wünschte sich eine engere Zusammenarbeit zwischen Kommunalaufsicht und den fachlich für die Städtebauförderung zuständigen Mitarbeitern der Länder, um trotz der schwierigen Rahmenbedingungen Entwicklungsimpulse setzen zu können und die Lebensqualität zu sichern.

Zum Gebietsbezug zeigten sich im Verlauf der Diskussion verschiedene Standpunkte. Zum einen wurde argumentiert, dass durchaus mehrere Förder- oder Daseinsvorsorgegebiete verteilt über den Kooperationsraum beschlossen werden könnten, wenn Sie in ein schlüssiges, für die Entwicklung des gesamten Raumes erarbeitetes Konzept, eingebunden seien. Ein Daseinsvorsorgekonzept könne dabei als Grundlage für die Gesamtmaßnahme dienen. Zum anderen wurde eingebracht, dass grundsätzlich ein städtebau-



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfolgen die Podiumsrunde aufmerksam

lich zusammenhängendes Gebiet vorausgesetzt werde, so in Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein.

Die Niedersächsische Landgesellschaft erklärte, dass es für die niedersächsischen Programmkommunen schwierig sei, den Abriss von verfallenen und leer stehenden Gebäuden über das Programm Kleinere Städte und Gemeinden zu fördern. Er wünschte sich hier eine Erleichterung. Stephan Kaufmann ergänzte, dass in Amelinghausen der Abriss eines Sporthallen-Altbaus mit der Bedingung gefördert werde, eine Folgenutzung der Fläche nachzuweisen. Vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen ist die Umsetzung des Programms gut handhabbar. Der Bürokratieaufwand sei jedoch zu reduzieren. Zudem sei es schwer, die Bürgerinnen und Bürger in einigen Themenfeldern zu beteiligen und zu aktivieren.

Wolfgang Borst wünschte sich, den Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit der Städtebauförderung insgesamt zu reduzieren. Er ergänzte, dass die Attraktivität der ländlichen Räume davon abhängen, ob Infrastrukturen finanziert werden könnten. Er habe als Bürgermeister in enger Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern für drei Jahre alle freiwilligen Leistungen, insgesamt 3,5 Mio. Euro, gestrichen, um den Haushalt zu konsolidieren. Damit habe er aber auch den Grundstein für das Engagement der Ortsgemeinschaften gelegt, die viel kompensiert hätten. Seither sei die Gemeinde wieder finanziell handlungsfähig. Zudem wünschte er sich eine stärkere politische Unterstützung

bei der Durchsetzung der Innenentwicklung, z. B. bei Baulandausweisungen. Hier müssten die Ziele der Innenentwicklung stärker mit der Städtebauförderung gekoppelt und Signale gesetzt werden.

Prof. Dr. Hagen Eyink (BMUB) erklärte zur Frage nach der Laufzeit des Programms „Kleinere Städte und Gemeinden“, dass nach einer Zwischenevaluierung vor Ablauf der Programmlaufzeit im Jahr 2018 entschieden werde, ob das Programm weitergeführt werde. Entscheidend sei zudem, wie die Beteiligten aller Ebenen – Bund, Land, Kommunen – Ergebnisse kommunizieren. Hinter der finanziellen Ausstattung und der Entscheidung über Laufzeiten stünde immer eine politische Entscheidung. Er rief die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu auf, öfter ihre jeweiligen Bundestagsabgeordneten über die geförderten Maßnahmen zu informieren.

In seinem Schlusswort dankte Dr. Steffen Maretzke, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), den Referentinnen und Referenten, dem gastgebenden Ministerium sowie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihre

Diskussionsbereitschaft. Er hob die Vielfalt der Projekte und Ansätze der Mittelbündelung hervor, die in den Vorträgen und Diskussionen deutlich geworden sei. Er betonte den Stellenwert des Austausches der Programmkommunen untereinander. Ziel der Transferwerkstätten sei es, Akteure zusammenzubringen und über Expertinnen und Experten Wissen zu vermitteln und Raum für Fragen zu geben. Die Empirie und das theoretische Wissen um die Herausforderungen und Handlungsansätze würden mit Praxiswissen angereichert und wertvolle Erkenntnisse für die Begleitforschung liefern.

Er verwies noch auf die Möglichkeit, die Bundestransferstelle in allen Fragen des Programms anzusprechen und sich auch auf der Internetseite www.staedtebaufoerderung.info über das Städtebauförderprogramm zu informieren.

Bei einem gemeinsamen Abendessen hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anschließend Gelegenheit, sich untereinander weiter auszutauschen und den ersten Veranstaltungstag ausklingen zu lassen.

2. Veranstaltungstag

Am zweiten Veranstaltungstag führte eine Fachexkursion die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die nahe Magdeburg gelegenen Programmkommunen Gröningen und Seeland, Ortsteil Nachterstedt.

Die Stadt Gröningen, ca. 40 km südwestlich von Magdeburg gelegen, wurde im Jahr 2010 in das Städtebauförderprogramm Kleinere Städte und Gemeinden aufgenommen. Die Stadt hat ca. 3.700 Einwohner. Unter dem Titel „Stadtbildung - Bildungsstadt“ will die Stadt einen stabilen Stadtkern mit hoher Wohnqualität schaffen und gleichzeitig ihre Funktion als überörtlicher Bildungsstandort sichern und erweitern. Dafür werden seit Aufnahme in das Programm „Kleinere Städte und Gemeinde“ Maßnahmen sowohl für die Innenentwicklung als auch für die Sicherung der Daseinsvorsorge, insbesondere im Bereich Bildung, gefördert.

Auf dem Rundgang durch den Stadtkern mit Ortsbürgermeisterin Renate Hillebrand wurde



Erste Station der Fachexkursion: Gröningen

der ehemalige Grundschulstandort besichtigt. Dieser wird durch einen privaten Bildungsträger genutzt, der das Bildungsangebot sukzessive ausbaut. Mit Mitteln des Städtebauförderprogramms werden der Schulhof neu gestaltet, leerstehende Nebengebäude abgerissen und fehlende Rettungswege in dem historischen Schulgebäude geschaffen. Der gleiche Bildungsträger unterhält in der Altstadt auch eine Wirtschaftsakademie. Sie soll zu einem Campus weiter entwickelt werden, an dem verschiedene Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur Sekundarschule gebündelt sind.

Besichtigt wurde zudem der „Edelhof“, ein ca. 2 ha großes, brachgefallenes Gelände im Stadtkern, das als Pferdehof genutzt wurde. Durch schwierige Eigentümerstrukturen ist es der Gemeinde bislang nicht gelungen, diesen Bereich zu entwickeln und in das Stadtgefüge zu integrieren. Auf dem Rundgang wurden mögliche Entwicklungsperspektiven für das Areal diskutiert.

Kontakt

Katharina Janke
Christian Kloss
Holger Pietschmann
Henning Rohwedder

Bundestransferstelle
Kleinere Städte und Gemeinden
c/o Plan und Praxis GbR
Manteuffelstr. 111
10997 Berlin

Fon 030 – 6165348 53
Fax 030 – 6165348 54

transferstelle-ksg@planundpraxis.de
www.staedtebaufoerderung.info
www.planundpraxis.de

Alle Abbildungen: Plan und Praxis

Nächste Station der Rundfahrt war Nachterstedt (ca. 2.000 Einwohner), ein Ortsteil der Gemeinde Seeland. Die Gemeinde liegt knapp 60 km südlich von Magdeburg. Bürgermeisterin Heidrun Meyer führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch den Ortskern von Nachterstedt, der in den 1950er Jahren entstand. Mit den Mitteln des Städtebauförderprogramms wird eine neue Zwei-Feld-Turnhalle gebaut, um den Bildungsstandort zu stärken und langfristig zu erhalten. Grundsteinlegung war im März 2014. Bislang findet der Sportunterricht in einem Saal einer ehemaligen Gaststätte statt. In der Turnhalle wird künftig nicht nur Schul- sondern auch Vereins-sport stattfinden. In die Planungen wurden die ansässigen Sportvereine einbezogen, um bei der Gestaltung und Funktionalität der Turnhalle ihre Bedürfnisse zu berücksichtigen.

Von Nachterstedt führen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit dem Bus zurück nach Magdeburg, wo die Veranstaltung endete.



Die zweite Station der Fachexkursion: Nachterstedt

Hinweise zu Literatur und Links

Internetportal zum Städtebauförderprogramm Kleinere Städte und Gemeinden

http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/StaedteGemeinden/staedteGemeinden__node.html?__nnn=true

Programmstrategie zum Städtebauförderprogramm Kleinere Städte und Gemeinden

<http://www.staedtebaufoerderung.info/SharedDocs/Publikationen/StBauF/KleinereStaedte/Programmstrategie.html>

Programmbroschüre zum Städtebauförderprogramm Kleinere Städte und Gemeinden

<http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/SharedDocs/Publikationen/StBauF/KleinereStaedte/Programmbroschuere.html?nn=766106>

Gute-Praxis-Beispiele der Programmumsetzung im Programm Kleinere Städte und Gemeinden

www.staedtebaufoerderung.info/nn_891994/StBauF/DE/StaedteGemeinden/Praxis/praxis__node.html?__nnn=true